

Cüberle Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cüberle Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (sonntags an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierjährlich 3.00, monatlich 100 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeschaltene Zeitung oder deren Raum 35 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 20.

Donnerstag, den 24. Januar 1918.

25. Jahrg.

Was wird aus Russland?

In den gegenwärtigen Bedingungen des russischen Daseins ist für die soziale Revolution kein Platz, weil es unmöglich ist, von heute auf morgen 85 Prozent der Bauernbevölkerung des Landes zu Sozialisten zu machen, einer Bevölkerung, von der außerdem mehrere Zehntausend nomadische Fremdstämme sind.

Durch diesen wahnhaften Versuch wird vor allem die Arbeiterklasse zu leiden haben. Als die Vanguarde der Revolution wird sie in dem Bürgerkrieg als erste der Vernichtung ausgefecht. Wird aber die Arbeiterklasse geschlagen und bezwungen, so werden die besten Kräfte und Hoffnungen des Landes vernichtet werden."

So schrieb bekanntlich M a z i m G o r k i , der Dichter und Sozialist, vor wenigen Wochen in einem Aufsatz der „Novaja Schism“ (Neues Leben). Die kurze Spanne Zeit, die seitdem verflossen, hat seiner düsteren Prophethit einen nur zu starken Schein von Berechtigung gegeben und sein Urteil über die maximalistischen Volkskommissare, so bitter es klingt, wird schwerlich allzu weit von der Wahrheit abirren.

Es ist in der Tat ein wahnhafter Versuch, dem ökonomisch und politisch rückständigen, durch zaristische Misshandlung, Krieg und Hunger zerstörten Russland die Wirtschaftsform eines sozialistischen Systems aufzwingen zu wollen, für das heute kaum die fortgeschrittenen, bestorganisierten Industriestaaten der Welt reif sein dürften.

Darum war das amtliche Dekret der Bolschewiki-Regierung, durch das die kaum erst gewählte Volksvertretung wieder auseinandergerissen wurde, ein verfehltes Experiment gleichviel ob es den Maximalisten dadurch gelingt, noch eine Weile am Ruder zu bleiben, oder ob sie schon morgen vom Strudel der Gegenrevolution hinweggerissen werden.

Die Wirtschaft kann man nicht durch Regierungsdecree umbilden — diese Binsenwahrheit lasen wir dieser Tage in der Bremer „Arbeiterpolitik“, einem Organ, das in Deutschland eine sozialistische Richtung vertritt, deren Theorie sich nahe an die der russischen Maximalisten anlehnt. Aber in Petersburg scheint man die Binsenwahrheit noch nicht begriffen zu haben — oder man will sie nicht mehr gelten lassen, weil man sich stark genug fühlt, sie nicht anderen Wahrheiten als unnützen Ballast über Bord zu werfen.

Nun ist es aber noch niemals ein Zeichen der Stärke gewesen, wenn eine Regierung sich nur noch durch Anwendung brutaler Gewalt behaupten konnte. Im Gegenteil, jedes Schredensregiment ist das Eingeständnis der eigenen Schwäche. Das gilt für jede Regierung, gleichviel ob ein Zar oder ein Volkskommissar an ihrer Spitze steht. Auch die sogenannten Schredensmänner der französischen Revolution handelten nicht aus überströmendem Machtbewußtsein, als sie ihre politischen Gegner aufs Schafott schickten, sondern aus Furcht und Schwäche, weil sie selbst fühlten, wie das Vertrauen des Volkes und damit der Boden unter den Füßen ihnen dahinschwand.

Es ist nützlich, diese Lehre aus dem neuesten russischen Umsturz zu ziehen. Wir sehen das Gegenbeispiel dazu in Österreich. Dort ist eine fast im Volke watzende Regierung doch einer gewiß auch nicht unbedenklich Volksbewegung Herr geworden, weil sie im Gefühl ihrer Stärke und Verantwortlichkeit von jeder gewaltsharten Unterdrückung abgelenkt hat. Muß eine Regierung erst Maschinengewehr und Feldgeschütze gegen das eigene Volk auffahren lassen, wie das jetzt die russischen Machthaber tun; dann ist ihre Sache schon verloren, weil kein äußerer „Sieg“ mehr den Schaden und die Schande, die sie sich damit selbst zufügt, wieder gutmachen kann.

Das Petersburger Zentralkomitee behauptet nun freilich in seinem Dekret, daß die gewaltsame Auflösung der gesetzgebenden Versammlung ein Notwehrakt gegen die drohende Gegenrevolution war, die dem russischen Volke eine Wiederkehr der Kerenski-Herrschaft gebracht haben würde. Wir sind über die inneren Verhältnisse Russlands nicht genügend unterrichtet, um diese Gefahr zutreffend abschätzen zu können. Vorhanden ist diese Gefahr unzweifhaft. Denn genau so wie zur Zeit des Zarismus die revolutionäre Bewegung trotz aller Verfolgung und Unterdrückung ein sehr reges Leben führte, sind natürlich jetzt auch die reaktionären Elemente trotz der Ungültigkeitserklärung ihrer Wahlstimmen und sonstiger Unterdrückungsmaßregeln, die sich würdig dem zaristischen Vorbild anpassen — denn auch die berüchtigte russische Bastille, die Peter-Pauls-Festung, dient jetzt wieder dem alten Zweck — keineswegs ausgestorben.

Es hätte doch wohl noch andere Mittel gegeben, diese Gegenrevolution unschädlich zu machen. Ob nicht allein schon die Vollziehung des Friedensschlusses durch diejenigen Volkskommissare hingereicht hätte, um ihnen die Mehrheit in der Sowjet und damit eine gesicherte Stellung zu verschaffen, wollen wir dahingestellt sein lassen. Ganz unzulänglich an dem unbefriedigenden Ergebnis in Brest-Litowsk kann die russische Volksregierung nicht sein, weil das von ihren Vertretern den Mittelmächten gegenüber so hartnäckig verteidigte Selbstbestimmungsrecht der Völker in Petersburg

selbst nicht gewahrt wird. Alle Rabulistik hilft darüber nicht hinweg: soll der durch das gleiche allgemeine Stimmrecht ausgedrückte Volkswille allein maßgebend sein, dann dürfen weder die Wahlen zur Konstituante zum Teil schon vor dem Zusammentritt dieser Versammlung für ungültig erklärt werden, noch durfte die Konstituante unter irgendwelchen Vorwänden gesprengt werden, weil ihre Zusammensetzung nicht den Wünschen der Volkskommissare entsprach. Und wenn jetzt das Auflösungsdekret erklärt, das Volk hätte damals, als es die Kandidaten der sozialrevolutionären Partei wählte, nicht wissen können, ob diese sich für den rechten oder den linken Flügel der Partei, also für das „echte“ oder das „falsche“ Prinzip entschieden würden, so spottet damit die Bolschewikiregierung ihrer selbst. Denn dann gibt sie zu, daß eine Volksabstimmung ohne vorausgehende Beeinflussung des Volks nicht möglich oder nicht tauglich ist. Wer soll aber solche Beeinflussung jetzt in Polen, Kurland, Litauen vornehmen? Überläßt man das Land sich selbst, so wird vermutlich der katholische Klerus den größten Teil dieses Geschäfts übernehmen, weil er die einzige organisierte geistige Macht ist, deren Bereich das ganze Land umfaßt. Ob damit den wirklichen Interessen der Völker gedient wäre, darüber wollen wir nicht urteilen, aber mit dem Ergebnis müßten sich auch die Russen abfinden, wenn sie daraus bestehen, daß nur diese Form der Selbstbestimmung maßgebend sein soll. Uns dünkt freilich, eine organische Entwicklung des eigenen politischen Lebens in diesen umstrittenen Gebieten würde die bessere Lösung versprechen und hierüber wäre nach den bindenden Zusagen der deutschen und österreichischen Staatsmänner gewiß ein Einverständnis zu erzielen, das auch unseren demokratischen Grundsätzen genügen könnte. Keinesfalls dürfte an solchen Fragen der Friede scheitern, den doch schließlich nicht bloß die Polen und Litauer, sondern auch das große russische Volk genau so wie das deutsche dringend herbeisehn.

Damit ist die Frage berührt, die uns an der weiteren Entwicklung der Dinge in Russland hauptsächlich interessiert. Daneben kann uns allerdings auch nicht gleichgültig sein, welche Leidensstationen das russische Proletariat noch durchzumachen hat, ehe es die ruhigeren Bahnen des Klassenkampfes betreten kann, wie wir sie gewohnt sind. In einer völligen Befreiung durch die Bolschewiki-Revolution glauben wir nicht. Einmal deshalb nicht, weil wir Gorkis von tieferster Liebevolker Kenntnis des russischen Volkes eingegebene Schilderung der gegenwärtigen Verhältnisse für zutreffend halten, und zweitens, weil in dem Zwiespalt, der sich jetzt zwischen den „rechten“ und den „linken“ Sozialrevolutionären aufgetan hat, ein Klassengegensatz zutage tritt, der sich weder durch Decrete, noch durch Massenengewehre aus der Welt schaffen läßt. Die maximalistische Linke ist vorwiegend die Partei der Arbeiter, die sozialrevolutionäre Rechte vorwiegend die Partei der Bauern. Der russische Bauer ging mit dem industriellen Proletariat zusammen, so lange er selbst nur Proletarier war. Und das war er infolge der rückständigen Agrarverfassung des Zarenreiches bis jetzt. Wer Sozialist im Sinne des städtischen Proletariats ist er deshalb nicht geworden und wird es jetzt nach dem Siege der Revolution erst recht nicht sein.

Trotzdem hat in einer seiner schlagfertigen Reden vor den deutschen Unterhändlern in Brest-Litowsk die treffende Bemerkung gemacht, Russland mache jetzt eine ähnliche Umwälzung durch wie Deutschland im Reformations- und Frankreich im Revolutionszeitalter. Einem so scharfsinnigen, historisch geschulten Denker muß es klar sein, daß dann diese Umwälzung nicht mit einem Schlag zum sozialistischen Idealzustand führen kann. Und doch scheint er wie die ganze Bolschewikiregierung von dem Wahne besessen zu sein, sie könnten auf ihrem Wege nicht nur das russische Volk von jeder Form der Knechtschaft befreien, sondern auch gleich noch alle übrigen Völker vom Joch des Kapitalismus erlösen. Ein solcher Wahnsinn läßt sich wohl nur so erklären, daß der furchtbare Druck, unter dem die russischen Freiheitslämpfer früher gehaßt haben, gerade in den tatkärfigsten unter ihnen einen sieberhaften Aktionswillen erzeugt hat, der nun da der Druck gewichen ist, sich maklos entfaltet. Man stelle sich vor, wir hätten in Deutschland statt der zwölf Jahre Sozialistengesetz eine Fortdauer dieses Schandgesetzes nach den Wünschen der ärgsten Scharfmacher gehabt, und man wird die Folgen, die sich bei einer großen Anzahl der Opfer eines solchen Regierungssystems herausgebildet hätten, un schwer ausmalen können. Jedenfalls hätten dann die herrschenden Klassen Deutschlands im Verlaufe dieses Krieges Erfahrungen sammeln können, die denen der russischen Aristokratie und Bourgeoisie nicht so unähnlich gewesen wären.

Für das Volk und insbesondere für die Arbeiterklasse wäre damit freilich nichts gewonnen. Sie würde sich ihren Aufstieg zu einem besseren Dasein doch schließlich noch auf anderen Wegen erkämpfen müssen. Das wird auch das russische Proletariat noch lernen, und wir können ihm nur wünschen, daß es bald aus eigener Kraft dazu gelangt. Kämpfe, wie sie jetzt Russland durchmacht, sind noch keinem aufkommenden Volk erwartet geblieben, aber sie werden um so

rascher zu einem gedeihlichen Ende führen, je weniger durch Einwirkungen von außen her gestört werden. Wir nun auch der Kampf der Parteien im östlichen Nachbarreich ausgehen möge, die Worte des Muschits werden bestehen, den Richard Dehmel in seiner Ballade „Ann Domini 1812“ sagen läßt:

Aber unser Mütterchen, das heilige Russland,
Hat viel tauend, tauend warme Herzen.
Ewig, ewig blüht das Volk!

Die Auflösung der Konstituante.

Über die Vorgänge bei der Auflösung der gesetzgebenden Versammlung unterrichtet genauer ein Bericht des „Frankf. Ztg.“ Danach bezeichnete der zum Präsidenten gewählte Tschernow, ebenfalls ehemaliger Anhänger Tschernis, in seiner Ansprache die gegenwärtige Stellung des Landes als sehr schwierig. Unglückslicherweise hätten die friedlichen Neigungen Russlands bei den anderen Kriegführenden, die, wie namentlich die Zentralmächte, noch von imperialistischen Ideen erfüllt sind, kein starkes Echo gefunden. Die Deutschen haben während der Friedensverhandlungen mit Russland gezeigt, daß sie von den durch die russische Revolution proklamierten Prinzipien noch weit entfernt sind und daß sie nur den Frieden für ihr Reich abzuschließen suchen. Die Lage Russlands ist deshalb schwierig und gefährlich geworden. Ich hoffe jedoch, führt Tschernow fort, daß Russland sein Heil finden kann in den Sympathien der sozialistischen Arbeitervassen Europas, die alle vom Kriege er schöpft sind. Die konstituierende Versammlung müsse die Initiative ergreifen zum Abschluß eines demokratischen Friedens.

Der Maximalist Buchin antwortete Tschernow in einer längeren Rede, in der er die vom Präsidenten dargestellten Prinzipien kritisierte, denen er ihren rein theoretischen Charakter vorwarf. Ein weiterer Redner, Wissotski erklärte, die Methode Tschernows würde in zwei Jahrhunderten zum Sozialismus führen und für jetzt nur eine bürgerliche Republik ähnlich wie in Frankreich und den Vereinigten Staaten, schaffen.

Da die Mehrheit der Versammlung trotzdem nicht bereit war, die von den Bolschewiki proklamierten Grundätze sofort anzuerkennen und sich vor der Gewalt der Sowjets zu beugen, wurden die Gegner der Sowjets durch das bekannte Auflösungsdekret zu Feinden des Volkes und Gegenrevolutionären gestempelt.

Die „Gegenrevolutionäre“, die im Saale verblieben gingen riefen laut ans Werk. In der ununterbrochen dauernden Sitzung wurde der Beschluß über die Enteignung des Grund und Bodens und die Übergabe des Landes an die Bauern gefasst. Ferner beschloß die Versammlung sofort auf die Bundesgenossen einen scharfen Druck zur Herbeiführung des Weltfriedens auszuüben, zu welchem Zweck Ablöhnungen geschiedt werden sollen.

Der Versammlung war von vornherein klar, daß ihre Beschlüsse nur eine prinzipielle Bedeutung haben werden. Sie handelten in vollem Bewußtsein dessen, was ihrer in nächster Stunde hartrie. Indessen, es galt eine historische Tat zu vollbringen, an welche die gegen den bolschewistischen Terror kämpfenden Parteien später anknüpfen können.

Für die Weitertragung der Konstituante.

Der Kongress der Eisenbahn nahm mit 272 gegen 271 Stimmen eine Entschließung an, in der die Konstituante begrüßt und vom Rat der Volkskommissare gefordert wird, daß die Konstituante ihre Beratungen fortsetzen soll bis zur Einsetzung einer neuen Regierung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat gegen die Mordtaten.

(Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm in der Sitzung am 21. Januar folgende Entscheidung an: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat erfahren, daß Sjingarew und Kotschkin im Hospital getötet sind. Er verurteilt solches Verbrechen. Die Arbeiterklasse wird niemals billigen daß unsere Gefangen angetastet werden, mag ihr politisches Vergehen an dem Volk und der Revolution noch so groß sein und die Entrüstung über die Führer der Gegenrevolution noch so gerecht sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat fordert die Arbeiter und Soldaten auf, in ihrer Gesamtheit ein solches Verbrechen zu tadeln und ordnet alles an, damit die revolutionäre Ordnung aufrecht erhalten werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat billigt die von den Volksbeauftragten getroffenen energischen Maßnahmen.

Weiter meldet die T.A.:

Dringender Beschuß an alle Kommissariate Präsidenten der Sowjets, Ausschüsse für den Kampf gegen die Pogrome, an das Hauptquartier der Roten Garde, an den Ausschuß zur Bekämpfung der Gegenrevolution, an den Kommissar für Kriminalangelegenheiten und an die Kommissare der Bahnhöfe von Petersburg, sofort alle Kräfte in Bewegung zu setzen zur Errichtung der Befreiung und No-

uns ist Triest wie Straßburg, dann darf man sich nicht aufregen, wenn Eszerni sagt: Wir ist Straßburg wie Triest. Man kann nicht die Früchte des Bündnisses einseitig genießen. Der christlich-soziale Mataja betonte, auch die Christlich-Sozialen ständen auf dem Boden des Versöhnungsfriedens und auf dem vom Grafen Eszerni verstandenen Standpunkt. Einen großen Raum in der Debatte nahm die Russlandbewegung ein. Die sozialdemokratischen Redner bezeichneten das Zugeständnis der Regierung als den Beginn einer wirtschaftlichen Demokratisierung Österreichs. Die Christlich-Sozialen warben den Sozialdemokraten vor, daß sie den in der Bevölkerung bestehenden Unwillen über die Ernährungsverhältnisse zu parteipolitischen Zwecken ausnutzen.

Ernährungsfragen.

Keine Neugestaltung des Ernährungssystems.

Das Kriegsernährungsamt teilt amtlich mit: Die von einer Nachrichtenstelle verbreitete Mitteilung, das Kriegsernährungsamt habe der Neugestaltung des Ernährungssystems zugestimmt, welches zum Ziele hat, die bisherige Tätigkeit der Kommunalverbände und Behörden durch eine genossenschaftliche Organisation der Erzeuger zu ernehen, entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist nur, daß eine von verschiedenen Landwirtschaftlichen Körperschaften eingereichte Denkschrift, die diesen Plan verfolgt, Gegenstand von Besprechungen ist, die noch fortduren. Das Kriegsernährungsamt, weder sein Vorstand noch der Rat des Kriegsernährungsamtes haben sich mit dem Projekt beschäftigt. Von einer bereits erfolgten Entschließung des Staatssekretärs kann somit keine Rede sein.

Ob Neugestaltung oder nicht — es bleibt doch alles beim alten!

Für unsere Feldgrauen.

Berstümmlungszulage.

Das Offizierspensionsgesetz sieht in § 11, das Mannschaftsversorgungsgesetz in § 18 die Gewährung einer Berstümmlungszulage vor. Unter den Kriegbeschädigten ist vielmehr die Meinung verbreitet, daß jede Berstümmlung den Anspruch auf die Berstümmlungszulage begründe. Dem ist nicht so. Die Berstümmlungszulage wird nach den angegebenen beiden Gesetzen nur gewährt bei dem Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren und bei Verlust oder Erblindung beider Augen. Der Verlust einiger Finger ist nicht als eine Berstümmlung im Sinne des Gesetzes anzusehen, dauernde Heilheit gilt nicht als Verlust der Sprache. Bei Erblindung eines Auges liegt Berstümmlung in der Regel erst dann vor, wenn das andere Auge auch in Mitleidenschaft gezogen ist, sei es durch Herabänderung der Sehschärfe um mindestens die Hälfte der normalen oder durch nervöse Störungen. In allen diesen Fällen besteht ein Anspruch auf die Berstümmlungszulage. Sie kann aber auch gewährt werden bei Störung der Gebrauchs- und Bewegungsfähigkeit einer Hand, eines Armes, eines Fußes oder eines Beines, wenn die Störung so hochgradig ist, daß sie dem Verlust des Gliedes gleich zu achten ist, ferner bei schweren Gesundheitsstörungen, wenn sie fremde Freizeit und Ruhe benötigen. Wenn durch solche Gesundheitsstörungen schweres Sickerum verursacht wird, so daß der Betrieb dauernd an das Krankenlager gefesselt ist oder wenn die Gesundheitsstörung in Gesellschaftshilfe besteht, dann kann die doppelte Berstümmlungszulage gewährt werden.

Die Lückenhaftigkeit dieser Bestimmungen hat sehr dazu geführt, daß das Kriegsministerium verschafft hat, durch möglichste weite Auslegung Härten zu mildern. So will man die Berstümmlungszulage auch innerlich Schwerkranken zuschreiben ebenso bei Halbblindheit, ferner bei sonstigen schweren Gesundheitsstörungen, wie sie bei Kopfschüssen auftreten, dann bei Verlebungen des Unterkiefers, die eine besondere Ernährung erforderlich machen. Die erweiterte Auslegung des Gesetzes ist erfreulich, aber sie trifft nicht entfernt alle die Fälle, in denen in der Tat eine Härte vorliegt.

Bei Offizieren beträgt die einfache Berstümmlungszulage 900 Mk., die doppelte — bei völliger Erblindung oder bei Gesundheit o. ä. bei völligem Sichtverlust — 1800 Mk. im Jahre. Bei Mannschaften dagegen nur 324 resp. 648 Mk. Diese Differenzierung ist ebenso unverständlich, wie unberechtigt, abgesehen davon, daß es in allen Fällen, in denen die Gewährung der Berstümmlungszulage nicht unringend vorgeschrieben, sondern in das Maß der Militärvormundschaft gestellt ist, es oft rein von Zufall abhängt, ob diese Zulage gewährt wird oder nicht. Diejenige Leiter der Berufsgesellschaft im preußischen Kriegsministerium, General v. Langemann, ist ein sehr sozial gerichteter Herr, aber es kann plötzlich ein anderer General an seine Stelle treten, der anderen Auschauungen huldigt; deshalb ist es besser, dem Wunsche der Sozialdemokraten Rechnung zu tragen, daß das ganze Versorgungswesen sofort einer geleglichen Neuregelung zu unterziehen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 24. Januar.

Sie säen nicht und ernten doch!

Obwohl die deutsche Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahre von einer erfreulichen Zunahme ihrer Kämpferzahl berichten konnte, gibt es leider noch viele Hunderttausend Arbeiter und Arbeitnehmer, die sich ihrer Hürde zum Beitrag ihrer Berufssorganisation entziehen. Die Mehrzahl unter ihnen wissen es wohl, wenn sie es zu verdanken haben, daß ihre Löhne und Lebungszulagen mit den immer höher gestiegenen Lebensmittelpreisen eine ständige Erhöhung gefunden haben. Es ist ihnen bekannt, daß sie in den Genuss des erhöhten Verdienstes nur durch die rege und aufopferungsvolle Tätigkeit ihrer organisierten Berufsgenossen und deren Funktionäre gekommen sind. Gleichwohl schauen jene der Organisation fernliegenden sich, auch ihrerseits die Wünsche eines wahren Menschen gegenüber ihren Berufs- und Klassengenossen zu erfüllen. Dafür sie in ihrer absichtlichen, nur aus egoistischen Motiven entspringenden Drückebergerei Verrat an ihren Mitmenschen üben, daß sie durch ihr Absichtsleben den Kampf der Arbeiterklasse um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erschweren und seine Erfolge verlangsamen helfen, scheint jenen vielen, die nicht säen, aber doch gern ernten, nicht immer klar zum Bewußtsein zu kommen.

Um wie vieles könnte die Gewerkschaftsbewegung mächtiger sein, wenn sich alle die der Organisation fernliegenden an ihre Pflichten erinnerten.

Und abnen jene arbeitsstehenden, opferhaften Arbeiter und Arbeitnehmer nicht, daß nach dem Kriege die Gewerkschaftsbewegung aus Gründen der dann eintretenden schwierigen Geschäftslage vor große, heute noch gar nicht zu über sehende Aufgaben gestellt werden kann?

Viele mögen vielleicht die Absicht haben, erst dann, wenn nach Beendigung des Krieges die Arbeitsbedingungen die ungünstigsten seien, der Organisation beizutreten.

Die so kalkulieren, für schlechte Rechner. Will und soll die Gewerkschaftsbewegung der mannigfachen Schwierigkeiten, die sich aus dem späteren, langsamem Erholung bedürfenden Wirtschaftsleben ergeben, Herr werden, so bedarf diese schon heute der materiellen und ideellen Unterstützung aller Arbeiter und Arbeitnehmer. Nur dann können die einzelnen Berufsorganisationen ihren großen Aufgabenkreis erfüllen und — was die Hauptaufgabe ist — ihre Berufangehörigen vor aller sich aus der Ungunst der Arbeitslage erwartenden Unbill und des zu erwartenden Wohnungsnot.

Der amtliche Kriegsbericht.

WB. Großes Hauptquartier, 24. Januar. (Amtlich.)

Weltlicher Kriegshauptrat.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Keine besonderen Ereignisse.

Rege Erfundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an einigen Stellen der Front Gefangene ein. An der Bahn Boesinghausen wurden 6 Maschinengewehre erbeutet.

Ostlicher Kriegshauptrat.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Weitlich vom Doiransee scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.

Vudendorff.

drues schlagen. Und diejenigen, die gewissermaßen zu den abflüchtig parasitären Genießen der organisatorischen Früchte gehören, mögen sich gesagt sein lassen, daß ihr Beginnen ebenso verwerthlich wie verabscheudungswürdig ist. Wer in Ruhe und Gemöglichkeit Früchte genießt, die er anstatt seiner eigenen freudvollen Anstrengung verdankt, führt ein würdelos Leben.

Wer die Früchte seiner organisierten, auf die ständige Verbesserung der Arbeitsbedingungen drängenden Berufstätigkeit erarbeitet und bisher noch nichts zu ihrer Unterstützung getan hat, der kommt daher dieser Pflicht nach.

Im Interesse der Dahmegebliebenen wie der später wieder zu uns zurückkehrenden laute die Parole für jeden einzelnen: *Hincia in die Gewerkschaftsorganisation!*

Erhöhung der Unterstützungsstücke für die Kriegerfamilien.

Bekanntlich hatte die Bürgerschaft am 3. Dezember 1917 einen Antrag gestellt:

Die Bürgerschaft erfuhr den Senat.

1. baldigst die Unterstützungsstücke für die Familien der zum Heeresdienst Eingezogenen zu erhöhen,

2. den Kriegerwitwen und -Waisen aus staatlichen Mitteln während der Dauer des Krieges einen Zusatz zur Hinterbliebenenrente zu gewähren.

Die Bürgerschaft erfuhr den Senat.

Der Bürgerausschuß empfahl der Bürgerschaft folgende Anträge zur Mitgenehmigung: Verstärkung des Abschnittes XIX des Haushaltshauses für das Rechnungsjahr 1917 um 500 000 Mark; Nachbereilung von 33 288,57 Mark auf die Ausgaben der Oberfinanzbehörde im Rechnungsjahr 1916 und Verstärkung der Mittel für das Allgemeine Krankenhaus im Rechnungsjahr 1917 um 81 200 Mark. Mitgenommt wurden die Anträge auf Gewährung eines staatlichen Zusatzes an den Lübecker Landesausführung für Kriegsverletzte für die Zeit bis zum 31. August 1917 27 000 Mark, für die Zeit vom 1. September 1917 bis zum 31. März 1918 5000 Mark und Gewährung einer Rente an die Witwe des Feuerwehrleiters Friedrich Heilke. Kommissionshörung wurde beschlossen bei den Anträgen Ausdehnung des Haftbereichs der "Staatlichen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg" auf das Hafengebiet und Bereilung weiterer Mittel an den Ausführung für Kriegs hilfe für die Monate Januar bis März 1918 ein Kredit von rund 31 000 Mark monatlich, für die Kriegsäldten außer den am 14. Juli 1915 bewilligten 100 000 Mark ein weiterer Krienskredit von 50 000 Mark.

Zu Mitgliedern der Haushaltskommission wurden gewählt: Dr. von Broden, Dr. Lanzheim, Radde, Höhn, G. Reinrell, Heinsohn; als Erzählmänner von Schad, Dr. Eichensburg, Lau.

Meine Sicht!

Bekanntlich ist in der Bürgerschaft von sozialdemokratischer Seite fürsichtlich der Wunsch ausgesprochen worden, man möge im Interesse der moriboden früh zur Arbeit Gedachten während einer kurzen Zeit am frühen Morgen einige Dienststellen brennen lassen. Leider ist diesem Wunsche bisher nicht entsprochen worden. Wir möchten von dieser Stelle aus dringend den Wunsch wiederholen. Wie uns von verschieden Seiten mitgeteilt wird, sind mindestens zur Arbeit gehende Frauen moriboden in der Dunkelheit von Männern in arger Weise bestellt worden. Dieser Umstand rechtfertigt schon allein das Verlangen, für das außerdem noch eine Reihe anderer, bereits früher angeführter Gründe sprechen. Man lasse die Leute, die moriboden in der Kurzzeitverkehr seit der Weiber- und Arbeitserinnerung eine Stunde brennen. Dafür können sie gerne abends noch eine Stunde früher gelöscht werden, wenn es eben nicht anders geht.

Die Bekämpfung der Tuberkulose ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Das umso mehr, als während der Kriegszeit auch in Lübeck eine bedauerliche Zunahme der Tuberkulose zu verzeichnen ist. Das Gesundheitsamt hat nun die räumliche Ausdehnung der Fürsorgestätte auf Travemünde, ferner auch eine wirkbare Ausgestaltung der Tätigkeit der Fürsorgestätte in Lübeck ins Auge gelegt und wünscht hierzu die Bereitstellung von 300 Mark sowie die Erhöhung des bisherigen Staatsbeitrages von 600 Mark auf 1200 Mark. Der Bürgerausschuß empfahl diese Anträge der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung.

Die wirksamste Bekämpfung der Tuberkulose ist eine ausreichende Ernährung. Deshalb sollten die maßgebenden Stellen endlich einmal alles daran setzen, um diese durch Ernährung aller zum Lebensunterhalt erzeugten Produkte und durch gleichmäßige Rationierung wenigstens einigermaßen zu ermöglichen.

Ein warnendes Beispiel.

Wiederholst sind uns lebhafte Klagen darüber zugegangen, daß Geschäftsinhaber gelegentlich Kunden in manchmal unerhörter Weise behandeln, ja, sie zum Teil beschimpfen. Dieken Leuten mag folgender Fall als Warnung dienen: Unter den letzten Bekanntmachungen im "Reichsanzeiger", nach denen Personen des Gewerbe- und Kaufmannsstandes der Betrieb ihrer Geschäfte wegen Unzuverlässigkeit untersagt wird, befindet sich eine, in der einem Kaufmann J. in Gelsenkirchen der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs auf die Dauer von 14 Tagen verboten wird, weil er, wie es in der Bekanntmachung heißt, "neue Kunden ohne Grund mit den Worten 'Frauenzimmer' und 'Spind und' beschimpft hat". Analog derartiger unzulässiger Behandlung des Publikums hat J. sich als unzuverlässig im Handel erwiesen, und ist deshalb seine Ausschließung gerechtfertigt.

Die Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung vom kommenden Montag lautet: Einträge des Senats i. Fortsetzung der Besetzung der Senatsvorlage, betreffend Aenderung des Abschnitts I der Unterrichtsgelehrten u. w. d. a. 2. Aufstellung eines Kaffeehauses am Kinderhospital und Heilanstalt Kinderzurigo. 3. Besetzung des Abschnitts XIX des Haushaltshauses für das Reichsjahr 1917. 4. Herstellung von Kleinwohnungen zur Milderung der Wohnungsnot.

In die Finanzbehörde gewählt wurde vom Senat als bürgerlicher Deputierter Genosse Albert Henze.

Die Kartellversammlung, die am Mittwoch abend im Gewerbehaus stattfand, war sehr gut besucht. Der Roßmarkt-Röllien teilte zunächst mit, daß der Senat die Eingabe vom 30. Oktober dahingehend bewilligt habe, nicht in der Lage zu sein, den 2-Uhr-Arbeitsdienst an den Sonnabenden allgemein durchzuführen zu können. Das müsse zwischen Arbeitern und Unternehmen vereinbart werden. Weiter erläuterte der Bevölkerung, die Gewerkschaften könnten zugleich statthabende Träger gewissenhaft auszufüllen. Für den zu errichtenden öffentlichen Arbeitsnachweis sei die Parität zugesagt worden. Es wurde dann beschlossen, das Arbeitseckariat fünfzig $\frac{1}{2}$ Stunde vor Beginn der Sprechstunde zu öffnen. Hierauf forderte Genosse Denkewitz, eine Eingabe vom Senat und Kriegsamt zu richten, daß bei Betriebsstörungen infolge Kohlemangels, Versagens der Kreisstellen usw. die Arbeitgeber verpflichtet werden, den Arbeitern den Lohnausfall zu entschädigen. Genosse Heinrich Ehlers teilte mit, daß der Metallarbeiter-Verein in dieser Frage bereits vom Reichstag, Bundesrat und Kriegsamt ein Notgesetz gefordert habe. Hierauf sprach Genosse Heinrich Ehlers über die notwendigen Maßnahmen hin zu Übergangswirtschaft. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Letztfragen: 1. Die Arbeitgeberfassung nach dem Kriege ist eine dringende Aufgabe des Reiches, des Staates und der Gemeinden. Sie haben die Pflicht, allen aus dem Felde heimkehrenden Arbeitern und Angestellten, sowie allen anderen Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Alle Unternehmungen, wo Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden können, werden soweit vorbereitet, daß die Arbeit unverzüglich aufgenommen werden kann. Um alle Bauten sofort nach Beendigung des Krieges in Angriff nehmen zu können, werden jetzt bereits alle Pläne und Entwürfe vorbereitet und fertiggestellt, auch für rechtzeitige Beschaffung von Rohmaterialien Sorge zu tragen. 2. Der Staat, die Gemeinden und die Unternehmer sind verpflichtet, alle offenen Stellen dem Städtischen Arbeitsnachweis oder einer vom Arbeitsnachweis zu meldenden Arbeitslosen zu melden, anderweitig haben die Arbeitnehmer die Verpflichtung, sich zwecks Beschaffung von Arbeit nur an den Arbeitsnachweis zu wenden. 3. Den durch den Krieg und dessen Folgen arbeitslos gewordenen männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten wird eine Arbeitslosenunterstützung gebracht. Diese beträgt: a) bei verheirateten männlichen Personen und solchen weiblichen Personen, die einen selbständigen Haushalt haben, pro Woche 15 Mark; b) bei Ledigen pro Woche 10 Mark; c) für jedes Kind unter 15 Jahren pro Woche 3 Mark. Die Unterstützung ist an den Arbeitsnachweis gebunden, daß der Arbeitslose eine Woche arbeitslos und vor der Arbeitslosigkeit mindestens ein Vierteljahr im eigenen Staatsgebiet seinen Wohnsitz hatte. Bei Kriegsteilnehmern kommt die Zeit vor ihrer Einberufung in Betracht. Ist der Arbeitslose Mitglied einer Organisation, die selbst lageungsgemäß Arbeitslosenunterstützung gewährt, so findet eine Abrechnung dieser Versicherung nicht statt. Gegen Anspruch auf die Unterstützung hat nur der, der in einem anerkannten Maße eingetragen ist, und ist zu der festgelegten Zeit zur Kontrolle meldebar. In befürchteten Fällen kann der Arbeitgeber von der Verpflichtung zur Unterstützung zeitweilig befreit werden. Die beharrliche Beleidigung zur Annahme von mit üblichem Lohn ausgestatteten Stellungen hat den Entzug der Unterstützung zur Folge. In der Debatte wies Gen. Böckmann darauf hin, daß diese Bestimmungen für die Übergangswirtschaft vielleicht reichsgesetzlich gerechtfertigt werden. Es können aber nicht soviel, wenn auch in den Eingaben im Sinne der H. Ehlers gemachten Ausschreibungen an das Senat zu richten, nachdem sich noch eine Reihe Redner dazu geäußert hatten. Genosse Röllien teilte jedoch mit, daß es Herrn Senator Straß in Berlin tatsächlich gelungen sei, die von den Garnisonshäusern abfallenden Kosten zum Teil für Lübeck zu erhalten und die Beschlagnahme abzuwenden. Es entpuppt sich hieraus eine sehr lange und zum Teil heftige Debatte, in der lediglich Klage über die Ausübung der Fettierung, die mehr als manchmal die Bürgerschafts-Milizversorgung und die gegenüber anderen Orten lehre herabstellende Versorgung Lübecks gemacht wurden. Große Verbitterung herrschte über den Schleißhandel und die Versorgung gewisser Kreise auf unterirdischen Kanälen. Besondere Erregung rief die Mitteilung herbei, daß für die Wehrheitszeit 15 000 Pfund Karpfen und Brachsen nach Lübeck gekommen sind, die fast alle in den Hotels und besseren Küchen verschwunden, aber nicht in den Handel kamen. Auch die miserabile Kohlenversorgung wurde kritisiert und es als unmöglich erachtet, daß man neben dem Hunger auch noch frieren soll. Zuletzt zeigte die Aussprache das Resultat, daß es so nicht weiter geben kann, daß der Geduldssatz der Bürgerschaft mindestens Verstärkung erfahren ist und daß die Erhöhung über den unzureichenden, von der Landwirtschaft aus profitierenden Schleißhandel unter der Arbeiterversetzung auf dem Schleißmarkt angelegt ist. Man erwartet, daß von den mehrheitlichen Stellen alles getan wird, eine bessere Versorgung und Erziehung der Lübecker Bevölkerung in die Wege zu leiten. Der letzte Punkt der Tagesordnung mußte wegen Eintritts der Polizeiabordnung vertagt werden.

Die Wohnungsnot

Ist auch in Lübeck einen erfreulichen Umfang anzunehmen. Zur Milderung derselben sollen in Städteischen Gebäuden 38 Kleinwohnungen hergestellt werden. Zu diesem Zwecke fordert der Senat 195 000 Mark. Der Bürgerausschuß empfahl die Vorlage der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung.

Die Schaffung dieser 38 Wohnungen — die natürlich zu begrenzen ist — ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Die Kriegszigarette.

Am 1. Februar dieses Jahres tritt eine Verordnung in Kraft, nach der das Format der Zigaretten weiterhin verkleinert werden muß: Für die Herstellung von 1000 Zigaretten dürfen vom 1. Februar ab nur 850 Gramm im Teile verarbeitet werden, so daß also die Zigarette in Zukunft nur 0,85 Gramm wiegen darf.

Bis jetzt war die Herstellung von Zigaretten an sich noch nicht eingehäuft. Die Zigarettenknappheit hat ihren Grund darin, daß der Heeresbedarf ganz gewaltig ist. Bei der Zigarettenfabrikation gehen 55 Prozent der monatlichen Herstellungsmasse an die Heeresverwaltung. Erst vom 25. jedes Monats ab dürfen die Zigarettenfabriken den Bedarf der Zivilbevölkerung herstellen. Am 25. jedes Monats erscheinen natürlich schon die kleinen Händler und kaufen das, was von der Heeresverwaltung nicht abgenommen wurde, zu jedem Preis. In der Zigarettenbranche ist es so, daß das Kontingent schon durch die riesigen Bestellungen der Heeresverwaltung fast erschöpft wird.

In normaler Zeit kostete der Tabak einer 5-Pfennig-Zigarette durchschnittlich 10 Mark das Kilo, heute 30 Mark. Dazu kommt dann aber noch der Kriegsaufschlag, der für

5-Pfennig-Zigaretten 4,20 Mark, der Preis für die 5-Pfennig-Zigarette ist oben mitgeteilt, die 7-Pfennig-Zigarette kostet 8,80 Mark und für die 8-Pfennig-Zigarette gibt es keine Preisgrenze.

Unabhängig hiervon sind nun aber die Tabakpreise außerordentlich gestiegen. Worin liegt der Grund für die Preissteigerung? Es ist beinahe schon Ehrenhaft für jede Ware, daß über sie eine Kriegsgesellschaft regiert. Für Zigarettentabak gibt es eine Kriegsgesellschaft, die Zigarettenfabrikationsgesellschaft, auch Zita genannt, die in Dresden ihren Sitz hat. Diese Gesellschaft macht eifrigst darüber, daß sie nur allein den Tabak, der heute noch aus Bulgarien und aus der Türkei nach Deutschland kommt, einführt. Sie allein hat das Monopol, einzukaufen, sie hat das Recht der Beschaffungnahme und — sie hat noch viel mehr Rechte. Zurzeit liegen in Bulgarien 25 Millionen Kilogramm neu-bulgariische Tabake, die deutsche Firmen gekauft haben, die also nur abtransportiert zu werden brauchen. Die Firmen, denen dieser Tabak gehört, haben nicht das Recht, diesen Tabak einzuführen. Dieses Recht hat allein — die Kriegsgesellschaft.

Natürlich bemühtigt sich auch der Schleichhandel der Zigaretten und des Tabaks. In Österreich bekommt man eine deutsche Zweifennigzigarette „hintenherum“ für 30 Heller. In Deutschland ist das nicht möglich, aber da wird es anders gemacht. Manche Zigarettenfirmen, deren Namen man nicht weiß, kaufen Zigaretten auf dem Markt, wohlauswisch mit der Steuerabfuhr F. über 70 Pfennig. Es gibt für diese Zigaretten keine Preisgrenze, und das Recht hat, daß eine Zigarette, die vielleicht nur 2 Pfennig Wert hat, 15, 20 Pfennig und noch mehr kostet. Es geht eben in der Zigarettenbranche wie überall. Hoffentlich wird ein baldiger Friedensschluß auch hier den Elend ein Ende machen.

Eine neue Genossenschaft. In das Genossenschaftsregister ist eingetragen worden die Firma Ein- und Verkaufsgenossenschaft vereinigter Bädermeister Lübecks und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit bestreiter Haftpflicht Lübeck. Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinschaftliche Einkauf, die Herstellung und der Verkauf der zum Betriebe des Bäder- und Sportgewerbes und verwandten Gewerbe erforderlichen Rohstoffe, halbfertiger und fertigster Waren, sowie der Maschinen, Geräte und sonstigen Bedarfssachen. Der Vorstand besteht aus: Eduard Allesoth, Emil Müller, Heinrich Nolte, jämisch Bädermeister in Lübeck.

Zehntausend Mark Vermögen gestohlen. Auf der Eisenbahnhalle Hamburg — Südbahnhof wurde aus dem Gepäckwagen ein großer Koffer mit wertvollen Pelzen verschiedener Art gestohlen. Der wertvolle Inhalt muß in Hamburg einem Unbekannten bekannt geworden sein, der ihn in Hamburg in den Gepäckwagen stahl und sich hinter den Güterwagen verbarg. In der Nähe von Bartelskide öffnete er die Schiebetür des Gepäckwagens und stieß den Koffer hinaus. Auf einer Weißbahntrasse muß er dann den Zug verlassen haben, führte zurück und rückte den ziemlich unverhohlen gebliebenen Koffer total aus. Der leere Koffer wurde auf der Straße gefunden.

Gebürtiges Durchbruch 1918. Es ist leider unverhohlen gesehen, dieses wichtige Nachschlagswerk zunächst wie in den Vorträgen zum Verlust zu bringen; nicht nur Pfeifenzigaretten und verzögerte Anlieferung der Buchdruckereien waren der Grund der Verzögerung, sondern die außergewöhnlich vielen Veränderungen, welche noch in den letzten Tagen eintrafen und verhinderten werden mußten. Papiermangels wegen konnte die Auflage nur eine geringe jetzt.

Altona. Ein Mann verbrannte. Der bei dem Bädermeister Schmidt in der Brüderstraße in Schleswig befürchtete Badergelle Ferdinand Hoffmann, der oft im Freibad n. R. seine Leidenschaft beobachtete, begab sich eines Tages vor 10 Uhr auf seine Dachkammer, wo er einzog in sein Heim gerichtet und durch Verbrennen einer Karte einen Raubbrand verursacht haben muß. Gegen 10 Uhr gab ein Feuerwehrmann aus der Dachkammer Feuer. Als er die Tür aufschloß, brannten mit einem heftigen Knall sämtliche Fensterläden entzündet. Ein im Hause befindliche auf Unrat weiteren Sofort brachte gleichfalls die Flammen hemmend; er beschädigte die Fensterläden, die jedoch über dem Treppenhaus und vor ihnen das Feuer niederkniete. Unter herabfallendem Dachstuhl fiel man die Karte beschädigt Seine Hoffmanns.

Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

Zu der Woche vom 22. Januar bis 5. Februar 1918 werden 250 gr Rindfleisch oder 500 gr Kalbfleisch oder 250 gr Schweinefleisch oder 200 gr Schweinerindfleisch auf die Rinderseite der Fleisch- und Wurstwaren gegeben.

Lübeck, den 22. Januar 1918. (38)

Das Postamt.

Berlau von holländischen Hühnern.

Sie und weiteres werden vom Markthallenverkauf an allen Wochenenden in der Zeit von Sonnabend 8 Uhr bis 1 Uhr Verkäufe auf holländische Hühner angekündigt.

Der Preis beträgt Mk. 4.— für das Stück. Bei der Bestellung sind die Fleischfarben oder Fleischstücke als Zusatz vorsehen. Eine Ausnahme ist die Fleischfarbe unter jedoch nicht kann. Die Ausgabe der Hühner erfolgt nur Mittwoch und Sonnabend verantwortet den Sie für 1 Uhr. Der Kaufpreis ist bei Erreichung des Hühner zu entrichten.

325 Der Ernährungsausschuss.
Dienstlichen Lehrer und Kindergarten, die bei der letzten Sitzung füllig gewesen sind, werden hiermit erinnert, ihre Rechnungen baldmöglichst beim Postamt. Schädelbuden 16, II. Stock, Zimmer 2, in der vereinbarten Weise einzureichen.

Das Postamt.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit erinnert, daß der Bezugstag für 1917 am Sonntag des zweiten Januar 1918 bei dem unterzeichneten Hauptpostmeister übertragen ist. Samstag, Sonntag und Montag der 26. Januar 1918, Dienstag und zugleich der Dienstag, der 27. Januar 1918, werden erneut zu markieren.

Beständige Erneuerung der Zahlung werden seitens des Postamtes, dem 28. Januar 1918.

222. Geschäftsjahr.

Ein Blatt

1. Sachverständiger für die Schule, 2. Sachverständiger für die Polizei, 3. Sachverständiger für die Post, 4. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 5. Sachverständiger für die Industrie, 6. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 7. Sachverständiger für die Handelskammer, 8. Sachverständiger für die Handelskammer, 9. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 10. Sachverständiger für die Industrie, 11. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 12. Sachverständiger für die Handelskammer, 13. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 14. Sachverständiger für die Industrie, 15. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 16. Sachverständiger für die Handelskammer, 17. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 18. Sachverständiger für die Industrie, 19. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 20. Sachverständiger für die Handelskammer, 21. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 22. Sachverständiger für die Industrie, 23. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 24. Sachverständiger für die Handelskammer, 25. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 26. Sachverständiger für die Industrie, 27. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 28. Sachverständiger für die Handelskammer, 29. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 30. Sachverständiger für die Industrie, 31. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 32. Sachverständiger für die Handelskammer, 33. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 34. Sachverständiger für die Industrie, 35. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 36. Sachverständiger für die Handelskammer, 37. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 38. Sachverständiger für die Industrie, 39. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 40. Sachverständiger für die Handelskammer, 41. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 42. Sachverständiger für die Industrie, 43. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 44. Sachverständiger für die Handelskammer, 45. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 46. Sachverständiger für die Industrie, 47. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 48. Sachverständiger für die Handelskammer, 49. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 50. Sachverständiger für die Industrie, 51. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 52. Sachverständiger für die Handelskammer, 53. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 54. Sachverständiger für die Industrie, 55. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 56. Sachverständiger für die Handelskammer, 57. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 58. Sachverständiger für die Industrie, 59. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 60. Sachverständiger für die Handelskammer, 61. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 62. Sachverständiger für die Industrie, 63. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 64. Sachverständiger für die Handelskammer, 65. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 66. Sachverständiger für die Industrie, 67. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 68. Sachverständiger für die Handelskammer, 69. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 70. Sachverständiger für die Industrie, 71. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 72. Sachverständiger für die Handelskammer, 73. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 74. Sachverständiger für die Industrie, 75. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 76. Sachverständiger für die Handelskammer, 77. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 78. Sachverständiger für die Industrie, 79. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 80. Sachverständiger für die Handelskammer, 81. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 82. Sachverständiger für die Industrie, 83. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 84. Sachverständiger für die Handelskammer, 85. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 86. Sachverständiger für die Industrie, 87. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 88. Sachverständiger für die Handelskammer, 89. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 90. Sachverständiger für die Industrie, 91. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 92. Sachverständiger für die Handelskammer, 93. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 94. Sachverständiger für die Industrie, 95. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 96. Sachverständiger für die Handelskammer, 97. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 98. Sachverständiger für die Industrie, 99. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 100. Sachverständiger für die Handelskammer, 101. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 102. Sachverständiger für die Industrie, 103. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 104. Sachverständiger für die Handelskammer, 105. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 106. Sachverständiger für die Industrie, 107. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 108. Sachverständiger für die Handelskammer, 109. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 110. Sachverständiger für die Industrie, 111. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 112. Sachverständiger für die Handelskammer, 113. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 114. Sachverständiger für die Industrie, 115. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 116. Sachverständiger für die Handelskammer, 117. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 118. Sachverständiger für die Industrie, 119. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 120. Sachverständiger für die Handelskammer, 121. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 122. Sachverständiger für die Industrie, 123. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 124. Sachverständiger für die Handelskammer, 125. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 126. Sachverständiger für die Industrie, 127. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 128. Sachverständiger für die Handelskammer, 129. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 130. Sachverständiger für die Industrie, 131. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 132. Sachverständiger für die Handelskammer, 133. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 134. Sachverständiger für die Industrie, 135. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 136. Sachverständiger für die Handelskammer, 137. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 138. Sachverständiger für die Industrie, 139. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 140. Sachverständiger für die Handelskammer, 141. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 142. Sachverständiger für die Industrie, 143. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 144. Sachverständiger für die Handelskammer, 145. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 146. Sachverständiger für die Industrie, 147. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 148. Sachverständiger für die Handelskammer, 149. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 150. Sachverständiger für die Industrie, 151. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 152. Sachverständiger für die Handelskammer, 153. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 154. Sachverständiger für die Industrie, 155. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 156. Sachverständiger für die Handelskammer, 157. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 158. Sachverständiger für die Industrie, 159. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 160. Sachverständiger für die Handelskammer, 161. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 162. Sachverständiger für die Industrie, 163. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 164. Sachverständiger für die Handelskammer, 165. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 166. Sachverständiger für die Industrie, 167. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 168. Sachverständiger für die Handelskammer, 169. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 170. Sachverständiger für die Industrie, 171. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 172. Sachverständiger für die Handelskammer, 173. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 174. Sachverständiger für die Industrie, 175. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 176. Sachverständiger für die Handelskammer, 177. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 178. Sachverständiger für die Industrie, 179. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 180. Sachverständiger für die Handelskammer, 181. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 182. Sachverständiger für die Industrie, 183. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 184. Sachverständiger für die Handelskammer, 185. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 186. Sachverständiger für die Industrie, 187. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 188. Sachverständiger für die Handelskammer, 189. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 190. Sachverständiger für die Industrie, 191. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 192. Sachverständiger für die Handelskammer, 193. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 194. Sachverständiger für die Industrie, 195. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 196. Sachverständiger für die Handelskammer, 197. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 198. Sachverständiger für die Industrie, 199. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 200. Sachverständiger für die Handelskammer, 201. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 202. Sachverständiger für die Industrie, 203. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 204. Sachverständiger für die Handelskammer, 205. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 206. Sachverständiger für die Industrie, 207. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 208. Sachverständiger für die Handelskammer, 209. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 210. Sachverständiger für die Industrie, 211. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 212. Sachverständiger für die Handelskammer, 213. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 214. Sachverständiger für die Industrie, 215. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 216. Sachverständiger für die Handelskammer, 217. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 218. Sachverständiger für die Industrie, 219. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 220. Sachverständiger für die Handelskammer, 221. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 222. Sachverständiger für die Industrie, 223. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 224. Sachverständiger für die Handelskammer, 225. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 226. Sachverständiger für die Industrie, 227. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 228. Sachverständiger für die Handelskammer, 229. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 230. Sachverständiger für die Industrie, 231. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 232. Sachverständiger für die Handelskammer, 233. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 234. Sachverständiger für die Industrie, 235. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 236. Sachverständiger für die Handelskammer, 237. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 238. Sachverständiger für die Industrie, 239. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 240. Sachverständiger für die Handelskammer, 241. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 242. Sachverständiger für die Industrie, 243. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 244. Sachverständiger für die Handelskammer, 245. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 246. Sachverständiger für die Industrie, 247. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 248. Sachverständiger für die Handelskammer, 249. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 250. Sachverständiger für die Industrie, 251. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 252. Sachverständiger für die Handelskammer, 253. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 254. Sachverständiger für die Industrie, 255. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 256. Sachverständiger für die Handelskammer, 257. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 258. Sachverständiger für die Industrie, 259. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 260. Sachverständiger für die Handelskammer, 261. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 262. Sachverständiger für die Industrie, 263. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 264. Sachverständiger für die Handelskammer, 265. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 266. Sachverständiger für die Industrie, 267. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 268. Sachverständiger für die Handelskammer, 269. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 270. Sachverständiger für die Industrie, 271. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 272. Sachverständiger für die Handelskammer, 273. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 274. Sachverständiger für die Industrie, 275. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 276. Sachverständiger für die Handelskammer, 277. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 278. Sachverständiger für die Industrie, 279. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 280. Sachverständiger für die Handelskammer, 281. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 282. Sachverständiger für die Industrie, 283. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 284. Sachverständiger für die Handelskammer, 285. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 286. Sachverständiger für die Industrie, 287. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 288. Sachverständiger für die Handelskammer, 289. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 290. Sachverständiger für die Industrie, 291. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 292. Sachverständiger für die Handelskammer, 293. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 294. Sachverständiger für die Industrie, 295. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 296. Sachverständiger für die Handelskammer, 297. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 298. Sachverständiger für die Industrie, 299. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 300. Sachverständiger für die Handelskammer, 301. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 302. Sachverständiger für die Industrie, 303. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 304. Sachverständiger für die Handelskammer, 305. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 306. Sachverständiger für die Industrie, 307. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 308. Sachverständiger für die Handelskammer, 309. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 310. Sachverständiger für die Industrie, 311. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 312. Sachverständiger für die Handelskammer, 313. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 314. Sachverständiger für die Industrie, 315. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 316. Sachverständiger für die Handelskammer, 317. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 318. Sachverständiger für die Industrie, 319. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 320. Sachverständiger für die Handelskammer, 321. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 322. Sachverständiger für die Industrie, 323. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 324. Sachverständiger für die Handelskammer, 325. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 326. Sachverständiger für die Industrie, 327. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 328. Sachverständiger für die Handelskammer, 329. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 330. Sachverständiger für die Industrie, 331. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 332. Sachverständiger für die Handelskammer, 333. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 334. Sachverständiger für die Industrie, 335. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 336. Sachverständiger für die Handelskammer, 337. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 338. Sachverständiger für die Industrie, 339. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 340. Sachverständiger für die Handelskammer, 341. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 342. Sachverständiger für die Industrie, 343. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 344. Sachverständiger für die Handelskammer, 345. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 346. Sachverständiger für die Industrie, 347. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 348. Sachverständiger für die Handelskammer, 349. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 350. Sachverständiger für die Industrie, 351. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 352. Sachverständiger für die Handelskammer, 353. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 354. Sachverständiger für die Industrie, 355. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 356. Sachverständiger für die Handelskammer, 357. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 358. Sachverständiger für die Industrie, 359. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 360. Sachverständiger für die Handelskammer, 361. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 362. Sachverständiger für die Industrie, 363. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 364. Sachverständiger für die Handelskammer, 365. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 366. Sachverständiger für die Industrie, 367. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 368. Sachverständiger für die Handelskammer, 369. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 370. Sachverständiger für die Industrie, 371. Sachverständiger für die Landwirtschaft, 372. Sachverständiger für die Handelskammer, 373. Sachverständiger für die Gewerkschaften, 374. Sachverständiger für die Industrie, 375. Sach

Das Verbot des „Vorwärts“ vor dem Hauptauschuss.

In der Sitzung des Hauptausschusses am Dienstag brachte Abg. Ebert das Verbot des „Vorwärts“ zur Sprache. Ausgerechnet in den Tagen, in denen wir hier über die Zensur verhandeln, erfolgt ein solches Verbot, das den ganzen Beschwerden die Krone aufsetzt. In Österreich-Ungarn spielen sich Dinge von einschneidender Bedeutung ab. Wegen der Kürzung der Mehrheit kam es in Wien zu Differenzen, die sich räumlich über die beiden Reiche ausbreiteten und schließlich einen politischen Charakter annahmen. Am Freitag stand in beiden Ländern das Wirtschaftsleben vollkommen still. Der Protest der Arbeiterschaft in Österreich-Ungarn richtete sich insbesondere gegen die Röde, die General Hofmann in Brest-Litowsk gehalten hatte. In der ganzen Welt waren diese Vorgänge bekannt, nur in Deutschland erfährt man nichts davon. Wir waren von Österreich-Ungarn vollständig abgeschnitten, dennoch kamen Gerüchte über diese Vorgänge nach Deutschland und verbreiteten sich zu der Behauptung, in Prag und in Budapest sei es zu Straßkämpfen gekommen. Im Berliner Auswärtigen Amt wußte man sonderbarweise von all diesen Dingen am Sonnabend nichts. Informationen konnten den Vertretern der Parteien nicht gegeben werden. Dagegen wurde am Sonntag vormittag der Presse erneut verboten, über die Vorgänge etwas zu bringen. Dagegen durfte die Erklärung des Grafen Czernin veröffentlicht werden, aus der man auf die Vorgänge schließen konnte. Der „Vorwärts“, von allen Seiten bestimmt, Aufklärung zu geben, brachte dann die Röde Adlers und anderer Abgeordneten im Budgetausschuss des österreichischen Herrenhauses. Andere Blätter haben das ebenfalls getan und die dort gehaltenen Reden sofort zu einer Hege gegen die Sozialdemokratie ausgeschlagen. Diesen Blättern ist nichts in den Weg gelegt worden, der „Vorwärts“ aber wurde verboten. In diesem einseitig parteiischen Vorgehen liegt eine Provokation der sozialdemokratischen Partei und der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Wie kann das Ausland Vertrauen in die deutsche Presse haben, wenn ihr die Mitteilung solcher Tatsachen verboten wird, und das in einer Zeit, in der die Altdenkmäler ungehindert gegen Österreich heben. Der Reichstag ist es geradezu seiner Würde schuldig, gegen dieses Vorgehen den allerhärtesten Protest zu erheben. Wir haben schon am vorigen Mittwoch gegen die Röde des Generals Hofmann im Budgetausschuss protestiert, allerdings ist diese Verhandlung für vertraglich erklärt worden und kann deshalb nicht in die Öffentlichkeit. Wir begännen das Vorgehen des Proletariats in Österreich und in Ungarn und drücken ihm unsere volle Sympathie aus. Sie dürfen verschwert sein, wenn es sein muß, wird die deutsche Arbeiterschaft ihre ganze Kraft daran setzen, um zu verhindern, daß die Bestrebungen zur Herbeiführung eines baldigen Friedens der Verständigung und des Rechts nicht durchkreuzt werden.

Major Grau erklärte, die Nachrichten aus Österreich seien derart widersprechend gewesen, daß ihre Veröffentlichung deshalb nicht zugelassen werden konnte. Das Verbot des „Vorwärts“ ist erfolgt, weil er wiederholt gegen Zensurvorschriften verstößen habe.

Abg. Scheidemann stellt fest, daß diese Behauptung nicht zutreffend ist. Der „Vorwärts“ hat lediglich die Röde Adlers gebracht und damit dem deutschen Volk einen großen Dienst erwiesen. Redner sagt noch: „Vergeßen Sie nicht, daß die Zustände bei uns denen in Österreich vor Ausbruch des Krieges gleichen. Spielen Sie nicht mit dem Feuer.“ Der Redaktion des „Vorwärts“ ist lediglich zwei Stunden vor dem Verbot Vorhalt darüber gemacht worden, daß sie das Zensurverbot verlebt hätte.

Abg. Haase regt an, festzustellen, ob die Zensur überhaupt das Recht hatte, die Nachrichten aus Österreich zu unterdrücken.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt auf eine Frage, daß man in kurzer Zeit kein Referat über die Vorgänge in Österreich erstatten könne.

Die Verhandlungen wurden darauf bis gegen 6 Uhr unterbrochen.

Unterstaatssekretär v. d. Bussche teilt vertrauliche Dokumente mit, die über die Vorgänge in Österreich-Ungarn beim Auswärtigen Amt eingegangen sind.

Handel und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

5. November.

Nach dem Essen wünschte Philipp dem Prinzipal und Jungfer Barbara eine geeignete Möglichkeit, ich tat desgleichen, und wir zogen uns zurück. Der Nachmittag wurde dazu angewendet, mich noch ferner ins Praktische einzuführen, und ich lernte allerhand schöne und nützliche Dinge, als: Öl und Essig ausmessen, wobei mir aber ein führer und geschickter Handgriff Philipp's, um die vom Maß abstrahlende Flüssigkeit wieder in den Tropf zu treiben, nicht gleich gelingen wollte. Auch lehrte er mich, wie man Käse, Zwiebeln usw. abzuwiegen habe, ohne die Kästen zu beeinträchtigen und dem Prinzipal zu schaden. Während dieser Action verschwand einmal mein junger Begleiter in das Nebenzimmer, wo wir gespeist hatten. Dann hörte ich zuweilen die Stimme der Jungfer Barbara leise sprechen, und mein fein geübtes Ohr vernahm deutlich das Geplapper von Tassen, ein Geräusch, das zu süßen Hoffnungen berichtigte, die über wenigen für mich nicht in Erfüllung gingen. Philipp dagegen läutete der Jungfer Barbara eine Kaffezeit gemacht zu haben, denn obgleich er sich bei der Zurückkunft mit dem oberen rechten Teil seines Überarmels das Gesicht tüchtig mischte, konnte er doch einige braune Flecken nicht vertilgen, die sich in seinem langen sättigen Mundwinkel festgelehnt hatten. Natürlich verdroß mich diese Verunreinigung meiner Person, da ich ebendann heute noch als Gast betroffen werden konnte. Da bemerkte ich aber zu meiner großen Verwunderung, daß der gute Prinzipal ebensoviel zum Kaffee gebracht wurde, oder überhaupt welchen erhielt, wie ich; vielmehr erklärte ihm später Jungfer Barbara aus seine Freude ins Nebenzimmer hinunter, ob heute Käse bereitet würde, sie habe keine Zeit. O weh!, in mir stiegen ganz sonderbare Ideen auf, und wenn ich in Jungfer Barbara alsbald eine mächtige Person erkannt hätte, so könnte ich nach diesem Vorfall nicht umhin, erstaunt an Philipp hinaufzusehen. Welche enormen Talente und Kenntnisse muß er besitzen, um sogar vor dem Prinzipal einen Vorzug zu erhalten!

Als es Abend wurde, gegen acht Uhr, zog der Herr Reichsmäl eine Schreibmaschine und seine Jacke aus, die er hinter seinem Pult an einem großen Nagel hing; seine Nachtmühe setzte er einem kleinen steinernen Unzeheuer auf, das auf den Oren stand, und das er dabei freudig auf die Baden kloppte, dann schloß er die Schreibstube ab, warf sich in das Kostüm, in dem er seine Gartenvisiten machte, setzte den Hut ebenso vorüber und verdeckte diesen Anzug durch ein langes spanisches Rohr mit silberinem Knopf, worauf er sich bei Jungfer Barbara bewußt, einem prächtigen Bild im Laden umhersaß, hier und da eine Schublade

Major Grau teilt noch mit, daß der Chef des Kriegs-Presseamtes die Vertreter der Presse eingehend über das Verbot der Erörterung der Vorgänge in Österreich informiert habe. Die Entente habe diese Vorgänge mit Jubel begrüßt. Der Zeitungslese war am Sonntagabend bekannt, daß zwei Blätter, darunter der „Vorwärts“, Artikel vorbereitet hatten. Die Redaktionen wurden gebeten, die Artikel zurückzustellen. Der „Vorwärts“ hat das nicht getan, sondern auch noch einen anderen Artikel gebracht, der die Solidarität mit dem österreichischen Proletariat betonte. Diese Ausführungen des „Vorwärts“ sind auch von den Berliner Pressevertretern nicht genehmigt worden. Gegen weitere Blätter soll nicht mehr eingetragen werden. Abg. Haase: Die Gründe, auf die sich die Zensur stützt, seien geradezu unglaublich. Ist denn der Zensurstellen gar nicht bekannt, daß die österreichische Presse eingehend über die dortigen Kommunikationen berichtet hat? England könnte sich aus diesen Blättern informieren. Deshalb hatten die Verbote in Deutschland gar keinen Zweck. Das deutsche Volk sollte nicht objektiv informiert werden, weil die Militärpartei das nicht will. Das Verbot des „Vorwärts“ soll ausgerechnet in die Zeit, in der hier eine Milderung der Zensur verkündet wurde. Das Verbot des „Vorwärts“ ist unfein und schändlich; in dem Artikel ist vermieden worden, vom Streit zu sprechen, aber man hat einfach den „Vorwärts“ vorgewählt, um einen möglichst ausgeweiteten Zensurverbot am Montag aufzugeben.

Abg. Gothein: In diesem Falle ist die Zensur wieder einmal mit traditioneller Ungeschicklichkeit vorgegangen. Was in Berlin verboten wurde, war in München erlaubt. Das treibt die Sinnlosigkeit auf die Spitze. Die Wolff-Tektonik hat man zurückgehalten, so daß nicht einmal der Hauptauschuss sich informieren konnte. Das herausgreifen eines einzelnen Organs einer besonderen Richtung war rigoros und kann nur bedauert werden.

Abg. Gräfe findet das Verbot der Beipressung der Vorgänge in Österreich als peinlich. Man muß verlangen, daß das deutsche Volk objektiv unterrichtet wird. Die Rückkehr auf England war keineswegs angebracht.

Das Auswärtige Amt hätte der Presse die Tatsachen mitteilen müssen, aber das Auswärtige Amt ist offenbar selber nicht in Kontakt gewesen. Wenn aber das verhängnisvolle Zensurverbot einmal erlassen war, dann kann man auch um das Verbot des „Vorwärts“ nicht herum, denn Verbote müssen schließlich beachtet werden. Ob andere Blätter auch so deutlich waren wie der „Vorwärts“, sei ihm nicht bekannt. Das Verbot war aber die Konsequenz der Zensurverfügung. Bedenklich sei es, daß Ebert und Scheidemann sich mit den Österreichern solidarisch erklärt haben. Das war eine Drohung in alter Form an den Kaiser, damit er den Wünschen der Sozialdemokraten in seiner Röde Rechnung trage. Hoffentlich lasse sich der Kaiser dadurch nicht täuschen.

Abg. Trimborn (3): Man könnte verlangen, daß ein militärisches Interesse vorhanden sei, ein Unterstreichen der Streitbewegung auf Deutschland zu verhindern. Der Abschluß von allen Nachrichten nicht aber nimis, bietet im Gegenteil den tollsten Geschichtsraum. Man hat in Deutschland bald bemerkt, daß man hermetisch abgeschlossen war, und das hat eigentlich Beurteilung geöffnet. Der Artikel des „Vorwärts“ enthielt zwischen den Zeilen unabstreitbar eine Drohung. Als Staatsanwalt würde ich sagen, der „Vorwärts“ hat mit dem Feuer gespielt. Immerhin wäre dringend zu empfehlen, das Verbot sofort aufzuheben.

Abg. Stresemann: Der Lufsch des „Vorwärts“ hat den Eindruck gemacht, als ob viel schwere Dinge in Österreich sich ereignet haben. Wenn Zensurverbote vorliegen, dann müssen sie beachtet werden, schon damit nicht eine Zeitung vor der anderen bevorzugt wird. Deshalb hätten alle Zeitungen, die das Verbot übertragen haben, gefeuert werden müssen. Eine solche Verwarnung hätte aber genügt. Wenn man die offenen Kanäle verstopft, dann entstehen die wilden Geschichten. Die Art, wie das Auswärtige Amt informiert wird, bedeutet geradezu einen politischen Niederbrennen.

Abg. Gamper steht auf dem Standpunkt Gräfes. Wenn der Streit in Österreich nur ein Hungerkrieg war, dann hätte man das ruhig der Öffentlichkeit sagen sollen. Die Informationen des Auswärtigen Amtes beweisen, daß man mit diesem Personal nicht auskomme. General Hößmann habe für jeden Aufstreben in Brest-Litowsk des Redners sollte Zustimmung.

Abg. Scheidemann: Wir haben nicht gedroht, sondern nur Feststellungen gemacht. Was steht denn in dem Artikel? Die Solidarität mit dem österreichischen Proletariat ist doch selbstverständlich. Der Artikel könnte nur mißverstanden werden, weil man von den Vorgängen in Österreich nichts

wußte. Abgeordneter Stresemann scheint nicht zu wissen, daß man der offiziellen Presse alles gestattet hat, der anderen Presse aber selbst die Abwehr verbot. Woher hat die Zensur gewußt, daß solche Artikel erscheinen sollen? Von der Redaktion des „Vorwärts“ hat niemand ein Wort davon gesagt, daß ein solcher Artikel in Vorbereitung sei. Der Redaktion ist mit keinem Wort gesagt worden, daß das Zensurverbot am Montag aufgehoben werde. Major Grau hat ja ganz offen zugegeben, daß man mit voller Absicht nur den „Vorwärts“ verbot habe. Das kennzeichnet dieses Verbot als eine Schikane. Wo sind in dem Artikel militärische Interessen gefährdet? Man läßt auch jetzt noch keine Nachrichten durch, stellt sie vielmehr unter Zensur. Unter diesen Umständen hat die Aufhebung des Zensurverbots gar keinen Sinn. Sorgen Sie dafür, daß das Verbot des „Vorwärts“ sofort aufgehoben wird, damit die deutsche Arbeiterschaft nicht auf den Gedanken kommt, daß es andere Mittel angewendet werden müssen, ehe man dem Recht zu seiner Geltung verhelfen kann.

Unterstaatssekretär v. d. Bussche nimmt das Auswärtige Amt gegen die erhobenen Angriffe in Schutz. Es sei nichts verstimmt worden, um Informationen zu erhalten.

Abg. Dr. Cohn: Das Verbot des „Vorwärts“ ist nicht haltbar, ganz abgesehen davon, daß eine handgreifliche Ungerechtigkeit vorliegt. Bis jetzt hat man noch immer nicht gesagt, welche Motive eigentlich für das Verbot des „Vorwärts“ maßgebend gewesen sind. Das Auswärtige Amt nicht genügend Material erhalten habe, sei glaubhaft. Soeben habe die Zensur auch den Leitartikel des „Berliner Tageblatts“ vom Dienstag vormittag verboten. Der Auswärter muß Stellung nehmen gegen das Oberkommando in den Karabinen.

Abg. Heine: Das Auswärtige Amt hat hier völlig versagt; was hier mitgeteilt wurde, ist offenbar nicht die Wahrheit. Wie müßten Aufschluß bekommen über Entwicklung und Verlauf der Bewegung in Österreich. Gibt denn nicht jeden Tag ein Kurier nach Wien und umgekehrt nach Berlin? Man darf den Reichstag nicht mit einer puren nichts sagenden Telegramm abspulen. Die Zensur legt es darauf an, das deutsche Volk zu betrügen und das ist ein Mißbrauch der Zensur. Was hat der Streit in Österreich mit den Interessen der Kriegsführung zu tun? Abg. Trimborn hätte keine Ausführungen nicht machen können, wenn er das Zensurverbot gelöst hätte. In dem ganzen Artikel des „Vorwärts“ ist auch keine einzige Nachricht über den Streit enthalten. Der Artikel hätte bei der Zensur keinen Ansatz erregt, wenn sie nicht auf irgendeine Weise auf ihn aufmerksam gemacht worden wäre. Der innere Grund zu dem Verbot ist, den Willen der Sicherheit des Reichs zu durchdringen.

Major Grau wandt sich gegen Schwerenau. Schwerenau würde Interessen jenseits gefährdet, wenn die Zensur ihre Schuldigkeit nicht tut. Die Zensur muß die Mittel haben, ihren Maßnahmen Geltung zu verschaffen. Die Zensur treibe keine Schafotfelei, man habe von der Absicht des „Vorwärts“, den Artikel zu bringen, auf ganz lokale Weise Kenntnis erlangt. Der „Vorwärts“ werde vermutlich Mittwoch früh wieder erscheinen.

Abg. Dane belegt ebenfalls den Mangel an Nachrichten über die Vorgänge in Österreich. Man muß verlangen, daß jeden Tag genaue Berichte veröffentlicht werden, aber nicht etwa nach dem Grundsatz: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.“

Abg. Dr. David: Die Ankündigung der Aufhebung des Verbots des „Vorwärts“ bietet einen gewissen Erfolg der Debatte. In der Täfel ist jetzt der Belagerungszaun aufgehoben worden. Diesem Beispiel sollte endlich auch Deutschland folgen.

Die Verhandlungen gehen am Mittwoch, vormittags 11 Uhr, weiter und sollen am gleichen Tage zu Ende geführt werden. Im Donnerstag beginnt dann die Weiterführung der politischen Debatte.

Eine Rede Victor Adlers.

Wir verlangen, daß die Regierung alles tut . . .

Am letzten Donnerstag hielt der Budgetausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses eine sehr wichtige Sitzung, in der Genosse Dr. Victor Adler eine bedeutende Rede hielt.

Zu Beginn der Sitzung nahm Genosse Seitz das Wort. Er bezichtigte es als unmöglich, daß der Budgetausschuss in der gegenwärtigen Zeit eine beschauliche Debatte über die Kesselfragen, der inneren Verwaltung abführen. Breite Massen des Volkes sind bewußt über die Verhandlungen in Brest-Litowsk und darüber nur daran, wie diese so rasch als möglich im günstigsten Sinne ab-

schließen. Nachbar trennte ein Zwischenraum, keine drei Fuß breit, aber dezentlicher, denn beide Gebäude hatten eine annehmbare Höhe. Diesem Fenster gegenüber befand sich im Nachbarhaus ein anderes, das etwas tiefer, aber uns so nahe lag, daß man leicht mit der Hand hinüberreichen konnte. Im ersten Gemach, wo Philipp sitzte, stand ein kleiner Ofen, und mein Kollege bemühte sich, ein kleines Feuer anzunehmen, das aber bei der Größe des Raums ungefähr dieselbe Wirkung herwirkte, wie respektive das Butterbrot vorhin in meinem Magen, weshalb mir ein paar Stücke so nahe wie möglich an den Ofen rückten und eine Unterhaltung begannen, in welcher Philipp mit die allgemeinen Beziehungen zum Handel beschäftigen sollte. Er sprach vom Verkauf überkauft, kam dann aufs Kreditgebin im zweijährigen und verzerrte mir, es sei äußerst schwierig, eines so das andere zu treiben, und doppelt schwierig, die rechte Menge zwischen beiden zu beobachten.

Mitten in diesem interessanten Gespräch wurden wir plötzlich durch sondersche Töne unterbrochen, die draußen vor unserem Fenster erklangen. Man konnte es für eine Art Gefecht halten, es glich aber auch dem Gehetz eines großen Hundes. Ich horchte und sah meinen Kollegen fragend an, der aber ein unruhiges, verdrückliches Gesicht machte und mit seiner traurigen Stimme sagte: „Ah, es ist unser Nachbar, der Herr Burbus, der eben nach Hause kommt.“ — „Der Herr Burbus?“ fragte ich. „Wer ist das?“ — „O.“ entgegnete Philipp überrascht. „Sie werden ihn schon noch kennen lernen, werden ihn gewiß noch kennen lernen — hören Sie.“

Es wurde an unser Fenster gepökt und gleich darauf vernahm man eine tiefe Bassstimme, die mit großer Sozialität rief: „Se, Herr Philipp! — junges, langbeiniges Individuum!“ darüber hinausiges Genie!“ Es pochte stärker und nicht lange, so schrie es beiderndes: „Öffnen Sie doch Ihre langen Ohren, Sie Ritter von der traurigen Gestalt!“ — Philipp war indessen bereits aufgestanden, zog auf meine letzte Frage, was denn das bedeute, seine schweren Schultern so hoch一起, daß sie fast seine langherabhängenden Ohrläppchen berührten, und ging ins Nebenzimmer, wo er fröhlichweidend das Fenster an seinem Bett öffnete. — „Guten Abend, Herr Burbus!“ — „Herr Doktor Burbus! Ich habe Ihnen das schon teuerndes gesagt.“ — „Was wünschen Sie, Herr Doktor Burbus?“

„Lieber Jungling,“ entgegnete die Bassstimme freundlicher, „Sie würden mich durch ein kleines Läuschen von etlichen Hals und Kopf sehr glücklich machen. Es ist verdammt fast und ich vergaß heute morgen die Wäsche zu beschaffen, ich gab ihr vielleicht auch zum Einlaufen dieser Gegenstände, und die Person hat's vergessen. — Da, hier ist mein Nachtkast; Allen Sie gefällig etwas hinein.“

(Fortsetzung folgt.)

